Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gack in Wildbad.

Nummer 150 | Fernruf 179. | Wildbad, Freitag, den 2. Juli 1920. | Fernruf 179. | 54. Jahrgang

Das Hinterbliebenengesetz.

Von Th. Bosler-Sindelfingen.

II.

Den Schluß bilden:

Die Pflegezulage, die dem Beschädigten zukommt, wenn er so hilflos ist, daß er nicht ohne fremde Wartung und Pflege bestehen kann, in Höhe von jährlich 600 Mark und wenn die Beschädigung dauerndes Krankenlager und außergewöhnliche Pflege erfordert, in Höhe von jährlich 1000 Mk. oder 1500 Mk.;

Das Uebergangsgeld bis zu ⅔ der Vollrente zur Erleichterung des Uebergangs in das Erwerbsleben bis zum Ablauf von drei Jahren im Falle der Bedürftigkeit.

Das Sterbegeld für den Fall des Todes eines Rentenempfängers beträgt in den Ortsklassen A 400 Mk., B und C 350 Mk., D 300 Mk., E 250 Mk. zur Bezahlung der Beerdigungskosten und Verwendung des Ueberschusses für die hinterlassenen Angehörigen. Diese erhalten auch noch für die auf den Sterbemonat folgenden drei Monate die Beträge, die an den verst. Rentenempfänger auszubezahlen gewesen wären.

Die Hinterbliebenen-Rente umfaßt die Witwen-, Waisen- und Elternrente.

Die Witwe erhält 30 Prozent der sogen. Vollrente und 50 Prozent davon, wenn sie erwerbsunfähig ist oder wegen Pflege oder Erziehung der Kinder nicht in der Lage ist, einem Erwerbe nachzugehen oder wenn sie das 50. Lebensjahr vollendet hat.

Die Waisenrente erhalten die unter 18 Jahre alten ehelichen und unehelichen Kinder; sie beträgt für jedes Kind 15 Prozent der Vollrente und bei Vollwaisen 25

Elternrente erhalten die Eltern, Adoptiveltern, Stief- und Pflegeeltern, ferner die Großeltern, wenn die Eltern gestorben sind, für die Dauer der Bedürftigkeit; sie beträgt für die Eltern und Großeltern 30 Prozent, für Vater und Mutter allein 20 Prozent der Vollrente.

Bei Verschollenen beginnt die Hinterbliebenenrente mit dem Zeitpunkt, in dem das Ableben des Verschollenen anzunehmen ist.

Zu all diesen Gebührnissen kommen Ortszulagen und zwar für Ortsklasse A 35 Proz., für B 30 Proz., für C 20 Proz und für D 10 Proz. der Gebührnisse, wenn der Rentenempfänger mindestens ½ Jahr lang ununterbrochen seinen Wohnsitz an einem Ort hat.

Zur Anpassung an die Veränderungen der allgemeinen Wirtschaftslage wird eine veränderliche Teuerungszulage gewährt; bis zur ersten Festsetzung werden 25 Proz. der genannten Gebühr gewährt

Die Versorgungsgebühren werden monatlich im voraus gezahlt, das Hausgeld mit Ablauf jeder Woche und die Gebühren bei Todesfall auf einmal. Wegen besonderer Ansprüche können die Versorgungsgebührnisse übertragen, verpfändet und gepfändet werden.

Kapitalabfindung kommt in Betracht bei Erwerb oder zur wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes oder zum Beitritt eines gemeinnützigen Bau- oder Siedlungsunternehmens; sie ist nicht an eine bestimmte Minderung der Erwerbsfähigkeit gebunden und richtet sich nach dem Lebensalter.

Das Gesetz findet auch Anwendung auf alle Personen, deren Versorgungsansprüche sich auf eine nach dem 31. Juli 1914 und vor dem 1. Juli 1920 beendete Dienstleistung gründete.

Die Rentenempfänger, die seither nur eine Teilrente von 10 Prozent bezogen haben, erhalten ihre Gebührnisse bis zum 31. Dezember 1920 weiter gezahlt, auf 1. Januar 1921 wird ihnen eine Abfindung in Höhe des dreifachen Jahresbetrags dieser Gebührnisse gewährt; die seither mehr als 15 Prozent bezogen hab deren Erwerbsfähigkeit aber bei der neuen Feststellung mehr oder um weniger als 15 Prozent gemindert ist, erhalten als Abfindung den Betrag, der ihnen nach den seitherigen Gesetzen bei 10 Prozent Erwerbsunfähigkeit bis zum 31. Dezember 1923 zu zahlen wäre.

Neues vom Tage.

Kein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Fehrenbach.

Berlin, 1. Juli. Ueber den in der gestrigen Reichstagssitzung von den Unabhängigen eingebrachten Mißtrauensantrag hat, wie der „Vorwärts" schreibt, die sozialdemokratische Fraktion gestern abend nach Schluß der Reichstagssitzung bereits eingehend verhandelt. ist zu dem einmütigen Entschluß gekommen, ihn abzulehnen. Die Unabhängigen verfolgen, wie der „Vorwärts" meint, mit ihrem Antrag augenscheinlich nur Demonstrationsabsichten. Sie wissen sehr gut, daß die Zustimmung der Sozialdemokraten zu ihrem Antrag der Regierung den Boden entziehen würde, auf dem sie stehen muß, um in Spa verhandlungsfähig zu erscheinen. Die Ablehnung des Antrags bedeutet in keiner Weise ein Vertrauensvotum. Die Fraktion hat ausdrücklich erklärt, daß sie die Taten der Regierung abwarten wolle, bevor sie endgültig zu ihr Stellung nehme. Vorher durch ein Mißtrauensvotum sich festzulegen, lehne sie ebenso entschieden ab wie die Zumutung, der Regierung von vornherein ihr Vertrauen auszusprechen.

265 Milliarden Reichsschulden!

Berlin, 1. Juli. Im Haushaltsausschuß des Reichstags hat bei Beratung des Notetats Finanzminister Dr. Wirth die Gesamtschuld des Reichs auf 265 Milliarden Mark angegeben.

Kein Staatspräsident in Sachsen.

Dresden, 1. Juli. Der Verfassungsausschuß der sächsischen Volkskammer lehnte einstimmig einen Staatspräsidenten für Sachsen ab und erklärte sich für einen Ministerpräsidenten, der gleichzeitig Ressortminister sein soll

Verzweifelte Lage der Deutschen in der Ostmark.

Berlin, 1. Juli. Aus angeblich zuverlässiger Quelle wird verschiedenen Morgenblättern mitgeteilt, daß die Lage der Deutschen im Soldauer Gebiet in der Ostmark unter dem polnischen Terror von Tag zu Tag verzweifelter werde. Die durch die allgemeinen Einziehungen hervorgerufenen Flucht der Militärpflichtigen nehme täglich größeren Umfang an. Die Polen versuchten mit den schärfsten Maßnahmen die Abwanderung zu verhindern. An den Grenzen seien Maschinengewehre aufgestellt, deren Bedienung der Befehl erteilt wurde, alle Flüchtlinge niederzuschießen.

Lebensmittelunruhen.

Berlin, 1. Juli. Wegen des Kirschenwuchers hat die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin den Groß- und den Kleinhandel dringend ersucht, alles zu tun, was eine Senkung der jetzigen Preise für Obst und Gemüse herbeiführen könne. Auch das Publikum wird dringend gebeten, unberechtigte Preise abzulehnen und namentlich nicht durch hohe Angebote die Preise unnötig zu steigern.

Lübeck, 1. Juli. Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurden weitere Geschäfte geplündert. Insgesamt sind weit über 100 Geschäfte der Bekleidungs- und Schuhwarenbranche ganz oder zum Teil ausgeplündert worden. Auch in Lebensmittelgeschäften spielten sich wüste Szenen ab. Die Polizei mußte wiederholt von der Schußwaffe Gebrauch machen. Bisher wurden drei Tote festgestellt. Abends verhängte der Senat den Ausnahmezustand. Gleichzeitig alarmierte er die Einwohnerwehr, die im Verein mit den Polizeimannschaften die Hauptstraßen absperrte. Um Mitternacht schien der Hauptsturm vorüber zu sein.

Koburg in Bayern aufgegangen.

Koburg, 1. Juli. Der Freistaat Koburg ist mit seiner Landesversammlung gestern nachmittag in Gegenwart des bayerischen Ministerpräsidenten v. Kahr feierlich aufgelöst und in Bayern aufgegangen.

Streik gegen die polnische Aushebung.

Berlin, 1. Juli. Wie das „Berl. Tageblatt" aus Königsberg berichtet, trat das Buchdruckerpersonal der „Anzeiger-Verlagsanstalt", die durch den Polen Urbanski vom Verleger der „Ostwacht" käuflich erworben wurde, zum Zeichen des Einspruchs gegen die ab 1. Juli in ganz Polen angeordnete militärische Aushebung, welche unterschiedslos Deutsche und Polen trifft, in den Ausstand.

Deutsch-tschechische Abkommen.

Prag, 1. Juli. Auf Grund der zwischen staatlichen Kommissionen, die von der tschecho-slowakischen und von der deutschen Regierung eingesetzt wurden, in Prag abgehaltenen Beratungen wurden vorläufig unter Vorbehalt drei Abkommen getroffen, und zwar: 1. ein Wirtschaftsabkommen, 2. ein Vertrag betreffend die Staatsbürgerschaft, und 3. ein Abkommen über die Durchführung des Artikels 297 (Liquidation) des Friedensvertrages von Versailles. Die Abkommen wurden für die deutsche Regierung von Ministerialdirektor v. Stockhammern unterzeichnet.

England und die Donauschiffahrt.

Amsterdam, 1. Juli. Der „Times" zufolge sind die Verhandlungen zwischen einem englischen Syndikat und mehreren Schiffahrtsgesellschaften verschiedener Nationalität, die sich mit dem Handelsverkehr auf der Donau befassen, zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht worden. Das Syndikat, dem hervorragende Finanz- und Schiffahrtsgesellschaften angehören, erwirbt nach dem Abkommen Anteile der erwähnten Donauschiffahrtsgesellschaften. Hiervon sei eine bedeutende Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Mitteleuropa zu erwarten.

Frankreich ratifiziert den österr. Frieden.

Paris, 1. Juli. Der Senat nahm gestern nachmittag den Gesetzentwurf über die Ratifikation des Friedensvertrags mit Oesterreich und die ergänzenden Sonderabkommen an.

Die Aegyptenfrage.

Amsterdam, 1. Juli. Im Oberhause fragte vorgestern Lord Sydenham, in welcher Weise in Palästina, das unter englischer Schutzherrschaft zu einer nationalen Heimstätte der Juden gemacht werden soll, die Rechte der nichtjüdischen Mehrheit der Bevölkerung geschützt werden würden. Lord Newton brachte wiederum die Frage der in Aegypten internierten Palästina-Deutschen zur Sprache. In seiner Antwort sagte Staatssekretär des Aeußern Lord Curzon, die deutschen und die österreichischen Kolonisten in Palästina seien nach der Besetzung des Landes aus militärischen Gründen in Aegypten interniert worden. Einige davon seien auf eigenen Wunsch nach Deutschland zurückgekehrt. Andere, die wieder nach Palästina zu kommen wünschten, wurden ordnungsgemäß dorthin gebracht. Auf die Lage in Palästina übergehend betonte Lord Curzon zunächst, daß England kein finanzielles Interesse an dem Lande habe, dann hob er den strategischen Wert, den das Land habe, hervor, und sagte, es werde allgemein gewünscht, daß England in Palästina bleibe. Was die Frage Lord Sydenhams angehe, so hätten Araber und Türken bewiesen, daß sie unfähig seien, das Land zu entwickeln, und daher sei den Juden Gelegenheit gegeben worden, diese Aufgabe auf sich zu nehmen. Die Regierung hoffe, die Rechte der nichtjüdischen Mehrheit der Bevölkerung durch Einsetzung einer Zivilregierung zu wahren, die für die innere Sicherheit und die Entwicklung des Landes zu sorgen habe. Die oberste Regierungsgewalt werde nicht durch die jüdische Minderheit, sondern durch die Mandatarmacht Großbritannien ausgeübt. In der Einwanderungsfrage werde die allgemeine Politik der Regierung dahin gehen, keine Einwanderer zuzulassen, für die das Land keinen Unterhalt biete. Sir Herbert Samuel, der dieser Tage als Oberkommissar dort eintreffen werde, sei auf Grund seiner Erfahrung und seiner Gerechtigkeit die geeignete Persönlichkeit für die Behebung aller Schwierigkeiten.

Die erste Völkerbundssitzung.

Lausanne, 1. Juli. Der Bundesrat hat laut „Revue" vom Sekretariat des Völkerbunds die Einladung zur Teilnahme an der ersten Völkerbundsversammlung erhalten, die im November stattfindet. Die Anträge der Mitgliedstaaten müssen vor dem 15. Juli beim Generalsekretariat eingebracht werden. Immerhin hofft man, daß dieser etwas zu kurze Termin verlängert wird.

Krieg im Osten.

Kopenhagen, 1. Juli. Nach dem letzten polnischen Heeresbericht haben die Bolschewisten an der Nordfront nach zweitägigem Kampf bei Czernica eine schwere Niederlage erlitten. Bei Mozyz (?) und Kalenkowize (?) verloren die Bolschewisten 2000 Soldaten, 15 Maschinengewehre und wichtiges Kriegsmaterial.

Griechische Anleihe in Kanada.

London, 1. Juli. Die kanadische Regierung hat Griechenland eine Anleihe von 5 Millionen Pfund Sterling bewilligt. Dies ist die erste Anleihe, die ein englisches Dominon einer europäischen Macht gewährt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 30. Juni.

Die große politische Aussprache über das Regierungsprogramm wurde durch die Rede des Abg. Dr. Trimborn (Ztr.) fortgesetzt, der den Eintritt der Deutschen

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Volkspartei begrüßt und die Hoffnung auf den Wiedereintritt der Sozialdemokratie noch nicht ganz aufgegeben hat. Unsere Vertreter in Spaa ermahnte er, unser gutes Recht, besonders Polen gegenüber, mit allem Nachdruck zu vertreten.

Ihm folgte Abg. Dr. Stresemann (D. V.P.), der sich nach den gewaltigen Wahlerfolgen seiner Partei besonders temperamentvoll zeigte. Lebhaften Beifall fand bei den Regierungsparteien das Wort, daß die Deutsche Volkspartei mit dem Eintritt in die Regierung einen Wechsel auf die Loyalität der Deutschnationalen Volkspartei gezogen habe. Als absurd bezeichnete er den Zustand, daß die stärkste Partei des Reichstags und Schöpferin der neuen staatlichen Verhältnisse, die Sozialdemokratie, der Regierung ferngeblieben sei. Die Unterhandlungen in Spaa erscheinen ihm mit Recht bedeutungs- und verhängnisvoller, als die in Versailles. In Spaa gelte es, die Forderungen und Verpflichtungen einzulösen.

Mit einer ausgezeichneten rednerischen Leistung folgte Abg. Dr. Schiffer (Dem.). Einwandfrei gab er die Wahlniederlage seiner Partei zu und betonte, daß seine Partei aus vaterländischem Pflichtgefühl sich für den Eintritt in die Regierung entschieden habe. Trotz des Mißerfolgs bei den Wahlen habe der demokratische Gedanke keine Niederlage erlitten.

Abg. Dr. Heim (B. V.) wandte sich ablehnend gegen die Gewaltpolitik der Unabhängigen wie gegen die schädliche Preispolitik der Deutschnationalen. Er bekannte sich als Anhänger der Zwangswirtschaft, die noch auf längere Zeit unentbehrlich sei und vertrat den Gedanken, daß eine wirtschaftspolitische Orientierung nach Osten wichtiger und wertvoller sei, als eine solche nach Westen.

Hier trat Vertagung auf Donnerstag ein, wo der Nothaushaltplan vorgelegt und mit einer großen Rede des Reichsfinanzministers Dr. Wirth eingeleitet werden soll.

*

Nach Verlesung von Interpellationen, darunter die Interpellation Arnstadt (D.nat.Vp.) über die Pressemeldungen, wonach zufolge von Organen der äußersten Linken Vorbereitungen für einen Generalstreik getroffen werden, der sich nicht nur auf die lebenswichtigen Betriebe erstreckt, sondern auch unter Anwendung von Gewalt durchgeführt werden soll, erklärte Vizekanzler Heinze, daß die Regierung die Interpellation innerhalb der gesetzmäßigen Frist bzw. innerhalb der nächsten Tage beantworten werde.

Nach Berichterstattung des Abg. Pfeiffer nimmt das Haus den Antrag Ledebour, die Strafe gegen den unabhängigen Abg. Mittwoch aufzuheben, an. — Desgleichen wird der Antrag der Deutschnationalen auf einstweilige Einstellung des Verfahrens gegen den Abgeordneten van den Kerkhoff angenommen.

Fortsetzung der Programmdebatte.

Abg. Dr. Trimborn (Ztr.):

Die Weimarer Verfassung müsse die unverrückbare Grundlage unseres Programms für den wirtschaftlichen Wiederaufbau sein. Er bedauere, daß die Mehrheitssozialdemokraten sich zurückgezogen hätten. Er dankte der Volkspartei, daß sie diesmal nicht abseits getreten sei. Das Verhalten der Sozialdemokratie könne er nicht imponierend nennen. Das Zentrum wollte die Regierungsbasis nach Möglichkeit verbreitern. Den Anschluß an die Deutschnationalen habe seine Partei nicht mitmachen wollen, denn das würde den Eindruck gemacht haben, als ob eine Regierung ohne und gegen Demokratie und Arbeiter zustande kommen sollte. Man müsse bei jeder Regierungsbildung darauf sehen, wie die nicht am Steuerruder stehenden Parteien sich zu ihr stellten. Seine Partei habe sich niemals ihrer vaterländischen Pflicht entzogen, so auch nicht in dieser schweren Stunde der Not. Dem Kanzler Fehrenbach sei das Zentrum zu unauslöschlichem Dank verbunden. Er sei das Opfer seines Pflichtbewußtseins. Redner kam auf den dornenvollen Leidensweg nach Spaa zu sprechen. Forderungen, die wir nicht erfüllen könnten, müsse ein entschiedenes Nein entgegengesetzt werden. Von den Programmpunkten des neuen Kabinetts sei ihm der über die Wahrung von Ruhe und Ordnung, auch im Heere und in der Landwirtschaft, vor Wichtigkeit. Die Herabminderung auf 100 000 Mann sei ein Ding der Unmöglichkeit. Ausgaben und Einnahmen müßten in Einklang gebracht werden. Die Steuergesetze seien energisch durchzuführen. Es sei notwendig, Arbeit zu schaffen und weiter zu sorgen, daß noch mehr gearbeitet werde als bisher. Vielleicht sei es möglich, eine Kommission zur Herbeiführung von Ersparnissen, auch in der Verwaltung zu bilden. Wenn in sozialen Reformen bereits eingelaufen sei, müsse weiter angebaut werden. Eine Beseitigung der Zwangswirtschaft sei nicht möglich. Er appelliere an die Landwirte, ihren Lieferungsverpflichtungen zu entsprechen. Der Redner schloß seine Ausführungen mit dem Ausdruck unbedingter Zustimmung zu dem Regierungsprogramm und vollsten Vertrauens zur neuen Regierung.

Abg. Dr. Stresemann (D.Vp.)

gibt zunächst eine Uebersicht über die Ereignisse bei der Kabinettsbildung, bedauert, daß man sich, statt dem Erfolg der Rechten bei den Wahlen zu entsprechen, an der Ratlosigkeit der Sieger geweidet habe, als die Sozialdemokratie nicht mittat. Er bemerkte dem Abg. Dr. Hergt gegenüber, daß eine Kabinettsbildung mit der Rechten allein eine Unmöglichkeit sei. Ein Uebereinkommen mit den Deutschnationalen sei von seiner Partei nirgends abgeschlossen worden. Er kam sodann auf die Sozialisierung zu sprechen und meinte, noch wichtiger als diese sei die Hebung der Produktion. Der Abbau der Zwangswirtschaft sei noch lange nicht das freie Spiel der Kräfte wie früher, denn uns sei durch das Fehlen des internationalen Güteraustausches die Kraft genommen. Die ganze Frage des Wiederaufbaus sei überhaupt international und nicht bloß eine deutsche Angelegenheit. Wenn Deutschland zusammenbreche, werde auch die übrige Welt mit in den Strudel hineingezogen werden. Der Reichswirtschaftsrat, der heute zusammengetreten sei, habe diesen Wiederaufbau vorzubereiten. **Die Unterschrift in Spaa werde schwerer wiegen als die von Versailles.** Deshalb müsse genau erwogen werden, was unterschrieben werden solle. Die sozialen Erschütterungen seien auch für die Sieger nicht minder schwer als für uns. Zwinge uns Spaa zum Bolschewismus, so breche das Unheil auch über den Sieger herein. Er verlange Unterstützung der Auslandsdeutschen, die ihr Vermögen im Ausland verloren hätten und jetzt dorthin zurückkehren wollten, desgleichen der Staatenlosen und der noch in Feindeshand befindlichen Kriegsgefangenen. In den besetzten Gebieten im Westen sowie in Ost- und Westpreußen solle gegen die Schikanierung der deutschen Einwohner Protest erhoben werden. Er schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens.

Abg. Schiffer (D.nat.Vp.)

erklärt, er wolle sich nicht zu sehr in Parteipolitik einlassen. Das Volk habe diese Auslassungen satt. Seine Partei habe im Wahlkampf die schwerste Einbuße erlitten. Sie habe das verstanden und sich zur Zurückziehung aus der Regierung entschlossen. Wenn sie sich schließlich doch zum Eintritt in die Regierung schlüssig gemacht habe, so habe sie sich von vaterländischer Pflicht leiten lassen. Das sei auch beim Zentrum der Fall gewesen. Der Sozialdemokratie müsse er aber Vorwürfe machen, wenngleich er andererseits anerkenne, daß sie wenigstens Gewehr bei Fuß dastehe. Daß gegen die Deutschnationalen sowohl im Innern Deutschlands wie auch im Ausland ein gewisses Mißtrauen herrsche, sei wohl erklärlich. Das sei auch der Grund, weshalb ein Zusammenarbeiten mit ihnen nicht möglich gewesen sei. Redner gab der Hoffnung Ausdruck, daß das neue Kabinett von Dauer sein werde. Unsere auswärtige Politik dürfe nicht unter der inneren leiden. Große Töne würden wir in Spaa nicht anschlagen, auch nicht kriechen. Gingen die Forderungen über das Maß des Möglichen hinaus, müßten wir eben nein sagen. Die Hebung der Industrie und des Handels sei die zweite Forderung. Dazu komme die Aufhebung der Zwangswirtschaft, die allmählich erfolgen müsse. Die Kriegsgesellschaften müßten verschwinden. Er schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens zur Regierung.

Abg. Dr. Heim (B.V.)

verlangt eine Bilanz der unverfälschten Wahrheit und der Tatsachen für diejenigen, die nach Spaa gehen. Uns lege man nur Lasten auf, die uns wirtschaftlich ruinierten. Zur Hebung unserer wirtschaftlichen Lage geschehe nichts, denn schon heute hätten wir **nicht genügend Kohlen**, um unsere Industrie aufrecht zu erhalten. Deshalb dürfe uns Oberschlesien nicht abgenommen werden. Frankreich vergesse, daß es uns nicht unter Druck halten könne, ohne sich selbst zu drücken. Er glaube, daß eine Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Frankreich allein den Widerspruch lösen könne. Der Redner stellt ferner fest, daß die Landwirtschaft an den teuren Obstpreisen nicht schuld sei, sondern der Zwischenhandel. Er warne vor Erhöhung der Getreidepreise. Wir sollten Getreide nicht im Westen, sondern im Osten kaufen, wo die Valuta zu unseren Gunsten laute. Er bitte ferner, das steuerfreie Einkommensminimum zu erhöhen und warne vor der zu großen Zentralisierung, die den ganzen Betrieb unnötig verteure. Zum Schluß bittet der Redner die Parteien, sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufinden.

Präsident Löbe teilt sodann mit, daß ein Antrag der Unabhängigen Aberhalden u. Gen. vorliegt, wonach die Regierung **nicht das Vertrauen des Reichstags besitzt.**

Nächste Sitzung Donnerstag nachmittag 1 Uhr.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 1. Juli. Dem „Berl. Lokalanzeiger"" wird aus Wilhelmshaven mitgeteilt, daß der Kreuzer „Königsberg" laut Versailler Vertrag anfangs Juli an Frankreich abzuliefern ist.

Wien, 1. Juli. In der auf dem Parteitag der groß-deutschen Partei Steiermarks gefaßten Entschließung ist besonders bemerkenswert, eine scharfe Verwahrung gegen eine habsburgische Reaktion, von der gesagt wird, daß sie unter allen Umständen zu verhindern sei, auch wenn sie sich auf fremde Bajonette stützen würde. Der Abg. Kraft lenkte die Aufmerksamkeit auf die habsburgischen Umtriebe.

Paris, 1. Juli. Die interalliierte Oberkommission in Koblenz beschloß, dem Regierungspräsidenten der Pfalz, v. Winterstein, die Rückkehr in die Pfalz als einfacher Privatmann zu gestatten, jedoch sei ihm untersagt worden, im Bezirk von Speyer Wohnung zu nehmen und er müsse die Verpflichtung übernehmen, daß er sich an keiner Bewegung beteiligen werde, die die öffentliche Ordnung stören könnte.

Paris, 1. Juli. Die englische Regierung hat zur Konferenz von Spaa den Chef der englischen Militärmission in Berlin, Gener Major Malcoln, sowie den englischen Vertreter in der interalliierten Kontrollkommission, General Bingham, und auch den Kommandanten der englischen Truppen in Ostpreußen, Generalleutnant Hakin, berufen.

Paris, 1. Juli. Wie der Londoner Korrespondent des „Temps" mitteilt, wünscht die Sowjetregierung Krassin nur als wirtschaftlichen Unterhändler in London zu belassen, jedoch eine Reihe weiterer Persönlichkeiten aus Moskau zu entsenden, um zu politischen Verhandlungen mit der Konferenz zu gelangen.

London, 1. Juli. Lord d'Abernon hat gestern nachmittag London verlassen, um sich nach Berlin zu begeben.

Stockholm, 1. Juli. (Havas.) Der Reichstag wird am Freitag in geheimer Sitzung die Aalandsfrage behandeln.

Wladiwostok, 1. Juli. (Havas.) Ein japanisches Transportschiff hat Nikolajewsk mit 600 russischen, englischen, amerikanischen und französischen Flüchtlingen mit Bestimmung Japan verlassen.

Berlin, 1. Juli. Der neuernannte französische Botschafter Laurent ist heute in Berlin eingetroffen und auf dem Bahnhof Friedrichstraße von den Herren der Botschaft empfangen worden.

Düsseldorf, 1. Juli. Der Streik der städtischen Arbeiter, der über 14 Tage dauerte, ist beendet.

Schleswig, 1. Juli. Am 2. Juli trifft der Grenzkommissar für Schleswig, Oberst Graf Schwerin, als stimmberechtigtes Mitglied des internationalen Grenzregelungsausschusses für Schleswig mit dem Hauptmann im Generalstab, Gaedeke und Kapitänleutnant von Nordeck zu Verhandlungen gemäß Artikel 111 des Friedensvertrags in Kopenhagen ein.

Kopenhagen, 1. Juli. Heute treffen in Kopenhagen die Ententemitglieder für die internationale Kommission ein, die die endgültige Grenze zwischen Dänemark und Deutschland ziehen soll.

Paris, 1. Juli. Deschanel präsidierte gestern vormittag den Ministerrat, der von Millerand über die Fragen, die in Spaa zur Frage kommen, unterrichtet worden ist.

London, 1. Juli. Das Hauptpolizeibureau im Norden der Stadt Cork wurde heute abend durch eine Bombe teilweise zerstört.

Amsterdam, 1. Juli. Wie der „Telegraaf" aus London meldet, wird Krassin nach Moskau abreisen, um sich von der Räteregierung neue Weisungen einzuholen.

Fußball.

Städteligaspiel Karlsruhe — Stuttgart.

Am Samstag, 3. Juli, abends ½7 Uhr, findet auf dem Kickersportplatz in Stuttgart das **Städteligaspiel Karlsruhe gegen Stuttgart** statt. Das Vorspiel in Karlsruhe gewann die Stuttgarter Mannschaft nach schönem Spiel mit 2:1 Toren, doch hat sich Karlsruhe sehr gerüstet, um das Rückspiel siegreich zu bestehen.

Württemberg.

Stuttgart, 1. Juli. (Vom Landtag.) Wie wir erfahren, nimmt der Landtag am Mittwoch, den 7. Juli, nachmittags 4 Uhr seine Vollsitzungen wieder auf. Die Tagesordnung ist sehr reichhaltig. Neben einem Bericht des Legitimationsausschusses wird das Staatsministerium eine Erklärung abgeben. Dann folgen vor allem die großen Anfragen wegen der Lebensmittelteuerung, der Wirtschaftskrise, den Zwischenfällen im Lande usw.

Stuttgart, 1. Juli. (Reise des Staatspräsidenten.) Wie verlautet, wird Staatspräsident Dr. Hieber noch in dieser Woche zu einer Besprechung mit dem Reichskanzler nach Berlin reisen.

Wessen Bild trägst du im Herzen?

Roman von Erich Ebenstein.

2) (Nachdruck verboten.)

Sie wußte es nicht. Vor einem halben Jahr hatte sie auf Befehl des Erbprinzen die ihr bis dahin durchaus sympathische Hofdame plötzlich kaltgestellt. Wenige Wochen später forderte der Erbprinz, daß die Lampelius ohne Angabe von Gründen beurlaubt werde, was selbstverständlich die Bitte um Entlassung zur Folge hatte. „Die Entlassung ist sofort zu gewähren," entschied der Erbprinz. Als seine Gemahlin ihn fragte, was ihre Hofdame denn eigentlich verbrochen habe, antwortete er in der ihm eigenen gereizten Weise: „Traurig genug, daß du es nicht selbst bemerktest, meine Liebe! Sie hat Egon den Kopf verdreht und ist ehrgeizig genug, um es auf eine Heirat anzulegen! Wie — davon hattest du wirklich keine Ahnung? Nun, da sieht man es wieder einmal . . . Gott mag wissen, wo deine Gedanken eigentlich immer herumspazieren. Jedenfalls nicht auf dem Boden der Wirklichkeit wie die anderer Leute!"

Dazu hatte die Erbprinzessin geschwiegen. Sie schwieg immer, wenn er persönliche Ausfälle machte. Und ihre Gedanken? Nein, die waren wirklich nicht bei Hofklatschereien. Die gehörten immer und ausschließlich nur ihrem armen kleinen Knaben, dessen zarte Gesundheit ihr beständig Sorgen machte.

Aber davon wußte Joachim Friedrich nichts . . .

Lore Lampelius saß immer noch mit tiefgesenktem Kopfe da, als ginge sie die ganze Feierlichkeit nichts an. Ein einziges Mal während der Zeremonie hatte sie aufgeblickt. Halb unbewußt, halb magnetisch angezogen durch den Blick eines andern Augenpaares, das sich auf sie richtete, gerade während der Hofprediger von der Wundermacht selbstlos treuer Liebe sprach . . . .

Das Augenpaar gehörte dem Adjutanten Prinz Egons, Rittmeister v. Breda. Sekundenlang tauchten die Blicke beider ineinander, dann senkten sich Lore Lampelius' Wimpern rasch, wie erschrocken, während ein feiner Rosenhauch ihre Wangen überzog.

Hinter ihr stand ihre Mutter, die Frau verwitwete Generalleutnant, und runzelte ärgerlich die Stirn. Was fiel diesem Breda nur ein, Lore so anzustarren! Wenn es jemand bemerkte . . . und überhaupt . . . sie fixierte ihn streng, beinahe drohend.

Aber der junge Offizier bemerkte es offenbar gar nicht. Sein blonder Siegfriedskopf war wieder dem Altar zugewandt, und die sonnigen Braunaugen ruhten in ungewohntem Ernst auf dem jungen Fürstenpaar.

Die Musik am Chor verstummte, die Zeremonie war vorüber. Ein diskretes Rascheln seidener Schleppen, leises Flüstern da und dort, wo die Kavaliere ihren Damen den Arm boten. Der Hochzeitszug schickte sich an, die Kapelle zu verlassen, um nach dem herzoglichen Schloß Rottegg zu fahren, wo vor der Abreise des jungen Paares noch das Diner eingenommen werden sollte.

Prinzessin Magelone warf, als sie ihre Hand auf den dargebotenen Arm des Gatten legt, einen strahlenden Blick nach links, wo ihre Eltern und ihr Onkel, Graf Zandern, mit seinen Töchtern Clo und Tinti standen. Alle nickten ihr freundlich zu. Magelone wußte: die fühlten ihr Glück mit ihr!

Aber wie unbeschreiblich groß und süß dieses Glück war, konnten sie doch nicht wissen!

Magelone dachte zurück an jenen herrlichen Frühlingstag vor zwei Monaten, wo sie im Park von Heidhausen den Dorfkindern ein kleines Fest gegeben und eben so recht närrisch — selbst noch ein halbes Kind trotz ihrer 19 Jahre — mit den Kindern herumgetollt hatte. Clo und Tinti waren auch mit dabei gewesen. Und Miß Gwendoline, Magelones Gesellschafterin, hatte sich eben bemüht, ihrer „unstandesgemäßen" Fröhlichkeit einen Dämpfer aufzusetzen, als Bertlew, der Haushofmeister, erschien und sie zu den Eltern beschied. Besuch sei gekommen. Fürst Egon von Rotthausen-Sollenstein aus Deutschland. Die Herren seien im großen Salon, aber Ihre Durchlaucht, die Frau Prinzessin, erwarte Prinzessin Magelone in ihrem Boudoir.

Egon von Rotthausen? Magelone wechselte einen Blick mit den Cousinen, dann brachen alle drei in verschmitztes Gekicher aus.

„Paß auf, jetzt wird's ernst!" flüsterte ihr Clo zu. Aber Magelone lachte: „I wo! Das bildet ihr euch überhaupt nur ein!"

„Nein! Wir haben es doch selbst gehört wie es Tante Edda zu Papa sagte, daß er dein Zukünftiger sei!" beharrten beide Mädchen.

Die Engländerin drängte. „Gehen Sie, Durchlaucht. Die Frau Prinzessin ist nicht gewohnt zu warten!"

Da stürzte Magelone, hochrot vor Erregung, und verwirrt davon.

Damals liebte sie ihn noch nicht, wußte gar nicht, was Liebe sei. Zweimal erst hatte sie ihn gesprochen; es kam ihr unmöglich, ja lächerlich vor, daß er darauf hin um sie werben sollte.

Und dann war es doch so! In ruhigen, kurzen Worten teilte ihre Mutter es ihr mit. Zugleich auch, daß es längst zwischen beiden Familien verabredet gewesen und die Eltern nun bereits ihre Einwilligung gegeben hatten.

„Er mißfällt dir doch nicht, mein Kind?" fragte die

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Stuttgart, 1. Juli. (Die neuen Minister im Amt.) Minister Graf hat heute das Ministerium des Innern und Minister Dr. Schall das Arbeits- und Ernährungsministerium übernommen.

Stuttgart, 1. Juli. (Aus dem Staatsdienst entlassen.) Der bekannte Abgeordnete Regierungsrat Ströbel bei der Zentralstelle für die Landwirtschaft ist auf Ansuchen aus dem Staatsdienst entlassen worden. Er ist bekanntlich geschäftsführender Direktor der Landwirtschaftskammer.

Stuttgart, 1. Juli. (Ernennung.) Die Stelle des Vorstands des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts wurde vom Gemeinderat dem Gemeinderichter Dr. Kallee übertragen.

Stuttgart, 1. Juli. (Oelmüllertag.) Der Verband Württ. Oelmüller hielt seine diesjährige Hauptversammlung im Stadtgartensaal in Stuttgart ab. Der Vorsitzende, Eugen Müller-Ditzingen, berichtete über die umfangreichen Bemühungen der Verbandsleitung um Erleichterung oder Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Vaihingen a. F., 1. Juli. (Selbstmord.) Am Grunde des abgelassenen Katzenbachsees fand man die Leiche eines 21jährigen Mannes, der sich allgemeiner Beliebtheit erfreute. Was ihn in den Tod getrieben hat, ist unbekannt.

Nürtingen, 1. Juli. (Kraftwagenverkehr.) Am 1. Juli ist ein Kraftwagenbetrieb für Personen- und Güterverkehr auf der Strecke Nürtingen—Oberensingen—Wolfschlugen—Neuhausen a. F. eröffnet worden. Auch die Weiterführung der Linie von Neuhausen nach Eßlingen wird in den nächsten Tagen aufgenommen werden. Eine weitere Strecke von Nürtingen über Grötzingen—Aich—Neuenhaus wird gleichzeitig eröffnet.

Tübingen, 30. Juni. (Wohnungsfürsorge.) Die Stadt hat das Anwesen des Gärtner Xander um 180 000 Mk. erworben. Es sollen dort etwa zwei Dutzend Einfamilienhäuser erstellt werden. Auch eine Fachschule der Gärtnerinnung soll in dem Anwesen Platz finden.

Heidenheim, 1. Juli. (Die Lage.) Unter der hiesigen Arbeiterschaft läßt sich eine gefühlsmäßige Beruhigung feststellen. Die Polizeiwehr ist noch am Platze, übt jedoch in ihrem Auftreten die größtmögliche Zurückhaltung. Man rechnet damit, daß ein weiteres Einschreiten der Truppen überflüssig wird und diese bald abziehen können.

Rottenburg, 1. Juli. (Repsernte.) Die Repsernte ist gegenwärtig im Gang, fällt aber nicht nach Wunsch aus. Die Fröste im März und Mai brachten bei der weit vorangeschrittenen Entwicklung des Repses einen Rückschlag, so daß nur eine schwache Mittelernte eingebracht wird.

Biberach, 1. Juli. (Brand.) In Wetenberg bei Schweinhausen brannte am Montag vormittag der Stadel von Anwalt Schmid nieder. Während die elektrische Leitung repariert wurde, entstand plötzlich Kurzschluß und sofort stand das ganze Gebäude in Flammen. Der Stadel war mit 45 Wagen Heu gefüllt, außerdem befand sich noch Stroh darin. Die Pferde und das Vieh konnten mit knapper Not gerettet werden. Drei Schweine verbrannten; auch viele Fahrnisgegenstände konnten nicht geborgen werden.

Ochsenhausen, 1. Juli. (Zur Nachahmung.) Der Milchpreis ist weiter herabgesetzt worden, nämlich von 1.05 Mk. auf 95 Pfg. für 1 Liter.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 1. Juli.

In der gestrigen Sitzung des Landtags wurde der Gesetzentwurf über die Zuteilung der Stadtgemeinde Sulzburg zum Amtsgericht Staufen einstimmig angenommen. Es folgt die Beratung des soz. Antrags, der Landtag wolle beschließen, das Justizministerium zu beauftragen, alsbald eine Verordnung zu erlassen, wonach die Zuständigkeit der Gemeindegerichte bis zu einem Streitwert von 300 Mk. ausgedehnt wird. Der Berichterstatter Abg. Dr. Leser (Dem.) teilte mit, der Ausschuß für Rechtspflege habe die Erhöhung der Zuständigkeit nur bis 120 Mk. gebilligt. Abg. Martzloff (S.) begründet den Antrag für den auch Abg. Schöpfle (D.natl. Vp.) sprach; Abg. Schneider-Heidelberg (Ztr.) trat für den Antrag des Ausschusses ein. Justizminister Trunk hielt eine Erhöhung auf 300 Mk. für nicht gerechtfertigt. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und 2 bürgerl. Abg. abgelehnt und der Antrag des Ausschusses, die Zuständigkeitsgrenze der Gemeindegerichte von 60 auf 120 Mk. zu erhöhen, angenommen.

Karlsruhe, 1. Juli.

Zu Beginn der heutigen Landtagssitzung erhielt Arbeitsminister Rückert zu einer Mitteilung das Wort, über die Untersuchungen der Geschäfts- und Siedelungsbank. Er teilte mit, daß weitgehende Revisionen veranstaltet werden, und dem Landtag in einigen Tagen darüber Mitteilung gemacht werde.

Auf eine kurze Anfrage des Abg. Schober (S.) über die Vorgänge in Radolfzell bei der Bauernversammlung erwiderte der Minister des Innern Remmele, die Staatsanwaltschaft habe eine eingehende Untersuchung eingeleitet, um die Rädelsführer festzustellen.

Es erfolgte nun eine eingehende Aussprache über die von einem Landtagsausschuß vorgenommene Besichtigung der Heil- und Pflegeanstalten. Der Berichterstatter teilte mit, daß in allen Anstalten mit Ausnahme der in Pforzheim alles in Ordnung sei.

Bei der weiteren Aussprache wurde von sozialdemokratischer Seite der vom Berichterstatter vorgelegte gedruckte Bericht in einigen Punkten beanstandet, vor allem, daß der Achtstundentag sich in den Heil- und Pflegeanstalten nicht bewährt habe und daß die Ordensschwestern dem weltlichen Pflegepersonal vorzuziehen sei.

Minister Remmele teilte mit, die Anstalt Pforzheim müsse so schnell als möglich aufgehoben werden, denn sie sei Menschen unwürdig. Diese Mitteilung wurde von verschiedenen Abgeordneten bestätigt. Die weitere Debatte drehte sich um Personalfragen.

Baden.

Karlsruhe, 1. Juli. Im bad. Landtag hat der Sportklub Baden-Baden ein Gegengesuch gegen das Gesuch des Evangl. Frauenbundes für innere Mission wegen Errichtung einer Spielbank in Baden-Baden eingebracht.

Karlsruhe, 1. Juli. Vorgestern fand eine Konferenz der Vertreter und Leiter der bad. Kommunalverbände statt, die zu der Umgestaltung der Zwangswirtschaft Stellung nahmen. Der Minister des Innern Remmele betonte, daß die Kohlenfrage auch im nächsten Winter noch Schwierigkeiten mache. Die Getreidepreise steigern sich auf 1700 bis 1800 Mk. für die Tonne. Von den Vertretern der Kommunalverbände wird bedauert, daß bei den Wahlkämpfen verschiedene Parteien den Wählern die strikte Aufhebung der Zwangswirtschaft versprochen hätten. Um die zwangsweise Erfassung von Brotgetreide und Mehl käme man auch künftig nicht herum. Von Regierungsseite wurde mitgeteilt, daß die Frühkartoffeln von der Zwangsbewirtschaftung frei sind. Kritik wurde geübt, daß manchen Landwirten der ernste Wille zur Ablieferung fehle, ferner wurde festgestellt, daß die neue Erhöhung der Milchpreise keine stärkere Ablieferung der Milch gebracht habe.

Karlsruhe, 1. Juli. Infolge der Umwandlung der Eisenbahnabteilung des badischen Finanzministeriums in eine Zweigstelle des Reichsverkehrsministeriums sind nunmehr die Angelegenheiten des Luftverkehrs ausschließlich in den Geschäftsbereich des bad. Ministeriums des Innern übergegangen.

Mannheim, 1. Juli. Infolge Familienzwistigkeiten hat der 18jährige ledige zurzeit arbeitslose Zeichner Eugen Schleich durch sieben aus einer Mauserpistole abgegebene Schüsse seinen 49jährigen Vater, Uhrmacher Johann Schleich, getötet. Der Täter gab bei seiner Vernehmung an, er sei zu seiner Tat durch das Verhalten seines Vaters seiner Mutter gegenüber veranlaßt worden.

Hockenheim, bei Schwetzingen, 1. Juli. Die hiesigen Landwirte, die ihren Tabak selbst eingelagert und fermentiert hatten, geben denselben nunmehr zum Preise von 748 Mk. für den Zentner an die Detag ab. Es dürften etwa 1000 Ztr. verkauft worden sein.

Freiburg, 1. Juli. In einem Hörsaal der Universität gab aus noch nicht festgestellten Gründen ein Student auf eine Studentin vier Revolverschüsse ab, durch die das Mädchen sofort getötet wurde.

Rebstandsbericht.

Der „Weinbau" schreibt: Welch enge Beziehungen zwischen der Witterung und dem Auftreten der Blattfallkrankheit der Reben bestehen, läßt sich in diesem Jahr wieder besonders deutlich verfolgen. Die ersten Spuren der Krankheit waren schon Mitte Mai gefunden worden; nach dem Inkubationskalender mußte, worauf die Weinbauversuchsanstalt Weinsberg in einem Aufruf in den Tagesblättern rechtzeitig hingewiesen hatte, mit einer weiteren Verbreitung der Peronospora Ende Mai, feuchtes Wetter vorausgesetzt, gerechnet werden. Ein am 30. Mai niedergegangener Gewitterregen erweckte denn auch tatsächlich in vielen Weinbergen die Pilzkrankheit. Das bis Mitte Juni anhaltende beständig trockene, zuerst recht kühle dann allmählich wärmer werdende Wetter brachte die Krankheit wieder zum Stehen. Die unbeständige Witterung der zweiten Junihälfte verursachte wieder ein stärkeres Aufflackern der Krankheit, das vom 21. Juni, einem schwül-warmen Regentag an in raschem Uebergang des Pilzes auf die mitten in der Blüte stehenden Gescheine und die bereits verblühten Träubchen besonders deutlich in Erscheinung trat. Wo Ende Mai zum erstenmal und Mitte Juni zum zweitenmal gekupfert wurde, tritt die Krankheit doch erheblich zahmer auf als da, wo man sich erst nach dem Auftreten der „weißen Trauben" hin entschloß, zu spritzen. Ob tiefer gehende Schädigungen des Ertrags durch den Peronosporabefall eingetreten sind, läßt sich bis zur Stunde noch nicht übersehen. Nach den Mitte Juni von den Vertrauensmännern erstatteten Berichten ist der Stand der Weinberge allerorts vielversprechend. Man spricht von einem Trollingerjahr, d. h. soviel, daß in den Hauptweingebieten Württembergs eine gute Weinernte erhofft werden darf. Der Heuwurm zeigt sich fast überall, doch scheint er im allgemeinen zahm aufzutreten. Die jungen Anlagen befinden sich in erfreulicher Entwicklung.

Voraussichtliches Wetter.

Von Westen aus ziehen Störungen in nordöstlicher Richtung vorüber, deren Einfluß auch in Süddeutschland bemerkbar wird. Am Samstag und Sonntag ist deshalb warmes, vorwiegend trockenes, aber vielfach gewittriges Wetter zu erwarten.

Wildbader Tagblatt-Geschäftsstelle.

Vermischtes.

Himmelserscheinungen im Juli. Die Sonne hat Ende Juni ihren höchsten Stand erreicht und wandert in ihrem scheinbaren Lauf wieder südwärts. Langsam nimmt die Tageslänge ab und ist am Ende des Monats um mehr als eine Stunde kleiner als zu Anfang. Die Hauptphasen des Mondes finden statt: Vollmond am 1. und 31., Letztes Viertel am 9., Neumond am 15., Erstes Viertel am 22. Juli. Von den Planeten ist nur Mars eine Stunde lang am Abendhimmel zu sehen. Alle anderen Planeten bleiben unsichtbar. Der Anblick des Fixsternhimmels zu Anfang des Monats um 12, zu Ende um 10 Uhr abends ist der folgende: Fast im Zenith steht die Leier mit Wega, östlich davon der Schwan, südöstlich der Adler. An die Leier schließen sich südwestlich Herkules, Ophiuchus und Skorpion mit dem roten Antares an. Westlich von Herkules erblicken wir die Krone, den Bootes mit Arktur und die Jungfrau. Im Osten ist das große Viereck, das die Konstellationen Pegasus und Andromeda bilden, bereits aufgegangen. Mehr nach Norden steht das W der Cassiopeja, darunter der Perseus, ganz tief am Nordhorizont Capella im Fuhrmann. Im Nordwesten schließlich erblicken wir den Großen Bären und die Jagdhunde, östlich davon den Kleinen Bären mit dem Polarstern.

Schwindler. Dieser Tage wurde in Göppingen ein Bettler festgenommen, der, angezogen mit einer Soldatenuniform, dadurch öffentliches Mitleid erregen wollte, daß er seinen stark angeschwollenen linken Unterarm vorzeigte. Bei näherer Untersuchung zeigte es sich, daß die Anschwellung des Unterarms künstlich hervorgerufen war durch eine schmale am Oberarm verdeckt angelegte feste Binde. Die Einwohnerschaft sei vor solchen Schwindlern gewarnt.

Unterschlagungen eines Betriebsrats. Aus Halle wird dem „Berl. Lokalanz." berichtet, daß der Vorsitzende des Betriebsrats, Golpe, die Gelder, die von den Arbeiter zur Unterstützung der Opfer des Kapp-Putsches gesammelt worden waren, unterschlagen hat und verhaftet worden ist. Der gesamte Betriebsrat ist von seinem Amte zurückgetreten.

Bayerischer Waffenschmuggel. Die „Münchener Post" berichtet, daß bayerisches Heeresgut mit Lastautos nach Stift Wilten geschafft worden sei, um in Tirol der Vorbereitung eines monarchistischen Putsches zu dienen. Jetzt meldet das „Südtiroler Volksrecht" die in Imst erfolgte Beschlagnahme einer weiteren Autoladung Waffen und Munition aus deutschem Heeresbesitz, die auf dem Wege nach dem Oberinntal war. Angesichts dieses systematischen Waffenschmuggels fordert das „Volksrecht" schärfstes Einschreiten der Tiroler Landesregierung und bezeichnet das Kloster Wilten und die Druckerei Tirolia als Hauptstapelplatz der bayerischen und Tiroler Königsmacher.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 1. Juli.

Der zur Beratung stehende Notetat wird einstweilig abgesetzt, weil der Haushaltausschuß die Beratung noch nicht abgeschlossen hat. — Die Punkte 2 bis 5 der Tagesordnung über Beseitigung von Härten bei der Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn usw. werden einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen. — Das Gesetz über ein deutsch-französisches Abkommen über Elsaß-Lothringen wird in allen drei Lesungen angenommen. — Es folgt die Fortsetzung der Debatte über das Regierungsprogramm. Abg. Müller-Franken (Soz.) polemisiert gegen einzelne Ausführungen des Abg. Heim und Schiffer und geht dann über zu dem Wahlausfall. Was Spaa betreffe, so sei die Entwaffnungsfrage eine Hauptsache. Wenn er den Friedensvertrag unterzeichnet habe, so könne ihm nicht Mangel an Mut oder Furcht vor der Verantwortlichkeit vorgeworfen werden. Seine Partei werde den Mißtrauensantrag nicht unterstützen.

Alsdann ergriff Reichsfinanzminister Wirth das Wort zu längeren Ausführungen und gab dem Haus Aufschluß über die Finanzverhältnisse des Reichs, die allerdings nicht rosig aussehen, geschweigedenn in Wirklichkeit sind. Den Wortlaut der Rede veröffentlichen wir morgen.

Abg. Henke (U.S.P.) führte im wesentlichen aus, er wünsche den bürgerlichen Parteien in ihrem Liebeswerben um die Mehrheitssozialisten viel Glück, seine Partei werde den Arbeitern das Verhalten der Mehrheitssozialisten klar machen.

Abg. Eisenberger (B.B.) anerkennt die Verdienste der alten Regierung an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt, wie ihr Fehlen in Oesterreich beweise, aber sie dürfe nicht übertrieben werden.

Letzte Nachrichten.

Sitzung des Reichswirtschaftsrats.

Berlin, 1. Juli. Der Reichswirtschaftsrat hat heute nur eine ganz kurze Sitzung abgehalten. Man trat um ½12 Uhr zusammen und ging bald nach 12 Uhr auseinander. Auf der Tagesordnung stand ein Antrag Wissell, der, von der andauernden Stillegung der Betriebe ausgehend, den Ausbau der heutigen Erwerbslosenfürsorge zu einer produktiven Fürsorge fordert, deren Mittel die Steigerung der Warenerzeugung sein soll. Der Landwirtschaftsminister bezeichnete die Anregung Wissells als dankenswert. Dann wandte man sich nach ein paar anderen Anträgen, die ohne Aussprache den zuständigen Ausschüssen überwiesen worden waren, den Beratungen über den Betriebsräteausschuß zu. Hier gab es noch eine kleine Geschäftsordnungsdebatte, aber auch sie war verhältnismäßig schnell überstanden. Die Anberaumung der nächsten Sitzung wurde dem Vorsitzenden überlassen.

Ablehnende Antwort auf die Note über die Räumung der neutralen Zone.

Berlin, 1. Juli. Aus Paris wird gemeldet: Die Botschafterkonferenz hat in ihrer gestrigen Sitzung den Text der Antwort auf die letzte deutsche Note redigiert, in der Deutschland eine Verlängerung der Frist für die Räumung der neutralen Zone verlangte. Die Antwort wird ablehnend ausfallen.

Neue Waffenfunde im Industriegebiet.

Düsseldorf, 1. Juli. Die Blätter berichten von neuen Waffenfunden im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, welche auf Vorbereitung neuer Putsche schließen lassen. In der Gegend von Lennep hat die grüne Polizei mehrere Waffenlager entdeckt, darunter eins, welches 3 Maschinengewehre, 70 Handgranaten und 30000 Gewehrpatronen enthielt.

Mutter, als Magelone sie in stummer Bestürzung anstarrte. „Ich glaubte doch, bemerkt zu haben, daß er bei seinen früheren Besuchen einen guten Eindruck auf dich gemacht hat?"

„Ja . . . gewiß, Mama . . ." Magelone suchte ihrer grenzenlosen Verwirrung Herrin zu werden. „Aber wir kennen uns doch kaum . . . wir lieben einander doch noch gar nicht!" . . . stammelte sie dann.

Mama lächelte ein wenig und strich ihr gütig die blonden Löckchen aus der erhitzten Stirn.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Lokales.

— **Milch- und Butterpreise.** Nach einem Beschluß des Bezirksmolkereiverbands in Crailsheim geben die Molkereien die Milch zu dem Erzeugerpreis von 1 Mk., diejenigen, die nach auswärts bzw. Crailsheim liefern, jedoch nicht unter 1.08 Mk. das Liter ab Molkerei, die Butter an Lieferanten zu Mk. 12.50, im Kleinverkauf gegen Marken zu 13 Mk. das Pfund ab, erwarten aber, daß die Zwangswirtschaft in aller Bälde aufgehoben und besonders die Verteuerung der Lebensmittel durch die Kommunalverbände und durch den ungeheueren Beamtenapparat sofort eingestellt wird. In einer Bauernversammlung in Laupheim wurde ein Milchpreis von 88 Pfg. pro Liter festgesetzt.

— **Besserung der Fett- und Eierversorgung.** Aus einer Besprechung verschiedener Kommissionen des Landes auf der Landesversorgungsstelle erfuhr man, daß man trotz des Milchmangels mit einer Besserung in der Versorgung mit Fett rechnen darf. Es sollen größere Mengen Auslandsschmalz eingeführt werden. Das Pfund komme etwa auf 15 Mk. Die Eierbelieferung werde sich demnächst auch verbessern infolge größerer Einfuhren aus Galizien. Es muß dann auch dafür gesorgt werden, daß die Eier frisch ankommen. Der Stuttgarter Einkaufsgenossenschaft sind bekanntlich infolge des langen Transportes 220 Kisten rumänischer Eier verdorben.

— **Erhöhung der Seifenpreise.** Wie bekannt, hat die Seifenherstellungs- und Vertriebsgesellschaft die Seifenpreise in den letzten Tagen heraufgesetzt, so daß ein Doppelstück Kernseife 10 Mk., ein Stück reine Feinseife 5 Mk. und ein Stück Kriegsseife 2 Mk. kostet. Besonders die Erhöhung der letzteren um 400 Proz. ist unbegreiflich. Man sollte meinen, daß es Zeit wäre, die Zwangsbewirtschaftung für Seife freizugeben, da, wie wir hören, der freie Handel in der Lage wäre, die Seifen billiger zu liefern. Auch die Reichsstellen sollen ab 1. August die Zwangsbewirtschaftung für Seife unter der Bedingung aufheben, daß die Seifenfabrikanten die teuer einkauften Oele und Fette der Reichsstelle übernehmen. Diese weigern sich jedoch, zu den hohen Preisen der Reichsstelle unter solchen Bedingungen den freien Handel aufzunehmen.

Ein merkwürdiger Irrtum. Da und dort ist der Irrtum verbreitet, für die Fehlbeträge der Anstalten der Inneren Mission sei bisher immer der Staat eingetreten, er werde es auch jetzt tun, wo diese Fehlbeträge so groß geworden sind. Wohl erhalten zahlreiche Anstalten, übrigens recht kleine Staatsbeiträge. Es ist auch zu hoffen, daß der Staat zur Linderung der jetzigen Not etwas außerordentliches tut. Aber von einer Übernahme der Fehlbeträge auf die Staatskasse kann natürlich gar keine Rede sein.

Die Enz.

Von Rudolf Hügle, Pforzheim.

Im schönen Schwarzwald rauscht ein Quell
Und trällert wie ein Kind so hell;
Er plätschert in den jungen Lenz,
Ein Fröschlein quakt: „Die Enz, die Enz!"

Bedeckt von Tannenzweig und Moos,
Gespeist von Rinnsal klein und groß,
Springt sie voll Jubel in das Tal,
Als wie in einen Freudensaal.

Bei Wildbad, wie die Maid im Glück,
Hüpft sie im Takt der Kurmusik;
Sie tanzt behende Tritt für Tritt
Den Polka und den Walzerschritt.

An Bergeshängen fließt sie fort,
Und tuet Arbeit hier und dort;
Sie säget Holz und zaubert Licht,
Und macht dabei ein froh Gesicht.

Nahm sie die Eyach lachend auf,
So beugt sie sich im Bogenlauf,
Ehrt Neuenbürg, das Oberamt,
Und fließet stolz ins Badnerland.

Die Arme streckt sie regsam aus,
Und springt vom Wehr mit Saus und Braus:
Sie geht in die Fabrik hinein,
Und lehrt den Goldschmied fleißig sein.

Sie spiegelt ruhig, wunderbar
Das Ufer und die Häuserschar,
Und malet wie auf prächtgen Schild
Neu-Pforzheims schönes Zauberbild.

Voll Freude bei der großen Brück'
Empfängt sie stolz im Mutterglück
Die größte Tochter, reich und schön,
Die Nagold aus den Schwarzwaldhöh'n.

Verläßt sie blumenbunt die Grenz',
Grüßt zauberisch die klare Enz,
Läßt funkeln feurig Gold und Rot
Die Flagge in dem Abendrot.

Geschmückt mit silberhellem Band
Zieht sie durch's schöne Schwabenland
Die Ufer reich bekränzt mit Wein,
In Besigheim zum Neckar ein.

Umschlingt sie Neptuns Wasserarm,
So wird's ihr schaurig kalt und warm,
Aus ihren Wassern im Verweh'n
Ruft sie ins Land: „Auf Wiederseh'n!"

Unsterblich ist ihr Wassergeist,
Vom Neckar, Rhein zum Meer er reist,
Er steigt im Nebel hoch empor,
Und flieht zum Wolkengeisterchor.

Held Aeol faucht sie zornig an
In Sturm und Wetter und Orkan,
Bläst ihn zum Schwarzwald wild und toll,
Daß es gar wettert, — grauenvoll! —

Wie sammelt sich so frisch zum Quell
Das Wasser sonnenklar und hell;
Die Enz hüpft wieder aus dem Berg,
Des Schöpfers wunderbares Werk.

Milchpreisfestsetzung.

Laut Beschlusses des Gemeinderats vom 29. Juni 1920 wurde bis auf Weiteres der Verbraucherpreis für Vollmilch beim Bezug ab Sammelstelle **auf 1 Mk. 40 Pf. für 1 Liter** festgesetzt. Beim Bezug der Milch ab Stall des Erzeugers beträgt der Preis lt. Verfügung des Ernährungsministeriums vom 11. Juni ds. Js. 1 Mk. 20 Pf., vom Erzeuger ins Haus oder an die Sammelstelle geliefert 1 Mk. 25 Pf. für 1 Liter.

Von den Kuhhaltern wird bei den jetzigen hohen Preisen pünktliche Ablieferung erwartet. Die Namen säumiger Ablieferer müssen dem Oberamt zur Abrügung mitgeteilt werden. Milchhamsterer müssen unnachsichtlich zur Anzeige gebracht werden.

Wildbad, den 1. Juli 1920.

Stadtschultheißenamt: Bätzner.

Käse-Abgabe.

Bei den Kaufleuten, durch welche man Reis und Haferflocken bezog, kann noch ¼ Pfund Käse pro Person abgeholt werden.

Städt. Lebensmittelamt Wildbad.

Fussball-Verein Wildbad

Vereinig. Fussball- u. Sportverein.

Am **Samstag, den 3. Juli** findet unsere halbjährliche

General-Versammlung

bei Mitglied **Schmid zum „Ochsen"** statt.

Anfang punkt ½8 Uhr, wozu sämtliche Mitglieder zu erscheinen haben.

Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.

Der Ausschuß.

Salamander- Schuhwaren

von einfach bis feinst in jeder Grösse

Schuhmacher-Arbeiten

wie Sohlen u. Flecken werden prompt und gut ausgeführt.

Herm. Lutz

Schuh- und Maaßgeschäft

Wilhelmstr. 171.

Stottern.

Angstgefühl, Stammeln, Näseln, Lispeln und andere Sprachstörungen beseitigt erfahrener Spezialist unter Garantie, wenn die Untersuchung keine organischen Fehler ergab, ohne Berufsstörung in kurzer Zeit. Keine Apparate die im Mund oder auf dem Körper zu tragen sind etc. **(Einzelbehandlung).** Amtlich beglaubigte Dankschreiben Geheilter liegen zur Einsicht auf. Nicht zu verwechseln mit minderwertigem Angebot.

Südd. Spezialinstitut f. Sprachstörungen

Zweigdirektion für Baden **Pforzheim**

Dillsteinerstr. 3a. (Eingang Enzstraße Cafe Heim.)

Sprechstunden: Nur Werktags 11—1, Sonntags keine Sprechstunden.

Hundeabgabe.

Durch Beschluß des Gemeinderats vom 29. Juni 1920 wurde mit Wirkung vom 1. April 1920 an für die hiesige Stadtgemeinde folgende Hundeabgabe festgesetzt:

a. in der Stadt für einen Hund 60 Mk.
und für jeden weiteren Hund desselben Steuerpflichtigen oder der Steuerpflichtigen desselben Haushalts 120 Mk.

b. in den Parzellen Grünhütte, Hochwiese, Kleinenzhof, Lautenhof, Lehensägmühle, Rollwasser, Windhof, Ziegelhütte, Nonnenmiß, Kohlhäusle, Sprollenmühle, Sprollenhaus, Christofshof und Kälbermühle, sowie in den entlegenen Wohnsitzen außerhalb der Stadt: Sommerberg, Uhlandshöhe, Bahnwarthaus, Hechingerhof und Häusern in der Heslach und bei der Paulinenhöhe für einen Hund 30 Mk.
für jeden weiteren Hund desselben Steuerpflichtigen oder der Steuerpflichtigen desselben Haushalts 60 Mk.

Steuerpflichtige, welche ihren Hund ohne späteren Ersatz binnen 3 Tagen nachweislich veräußern oder beseitigen, sind von der Erhöhung ausgenommen.

Wildbad, den 1. Juli 1920.

Stadtschultheißenamt: Bätzner.

Turn- Verein Wildbad.

Zu dem am **Sonntag, den 4. Juli** stattfindenden

Gauturnfest in Schömberg,

mit Vereins- und Einzelpreisturnen,

werden die Ehren- und passiven Mitglieder eingeladen.

Die Mitglieder werden gebeten sich recht zahlreich zu beteiligen. **Abfahrt** 5.50 Uhr bis Calmbach, von da Fußmarsch unter Beteiligung der hiesigen Feuerwehrkapelle.

Der Ausschuß.

Laden,

geeignet für Zigarrengeschäft,

von Zigarrenfabrik gesucht.

Eventl. Ankauf von Haus.

Off. an **E. K.** an die Exp. ds. Blattes.

Kluge Frauen

gebrauchen **bei Regel-Störungen** und Stockungen mein wirksames Mittel, sicher wirkend, **vollkommen unschädlich, Garantie,** Erfolg in 3 bis 4 Tagen. Wenden Sie sich vertrauensvoll an **Resi Schindler, Hamburg 13, Rappstr. 8.** Teilen Sie mir mit, wie lange Sie zu klagen haben. — Auch Sie werden mir dankbar sein. — **Diskreter Versand.**

Junger tüchtiger

Kaufmann

korrespondenz- u. schreibmaschinenkundig sucht Aushilfsstelle in Hotel oder sonstigen Betrieb. Eintr. kann sof. erfolgen. Gefl. Angebote unter **W. 23 P.** an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Dauer-Stellung.

Hübsch. Frl., 18 Jahre alt sucht

Vertrauens-Posten.

Auskunft erteilt

Frau Bäckermstr. Haug, König-Karlstr. 116.

Mädchen-Gesuch.

Ein tüchtiges **Zimmermädchen** wird bei hohem Lohn für sofort gesucht.

Villa Ladner, Wildbad.

2 junge solide, lebensfr. Herrn

wünschen auf diesem Wege, da hier fremd, mit zwei eben sochen Damen bekannt zu werden.

Angebote mit Bild unter „Süße Kirschen" an die Geschäftsstelle dieses Bl. erbeten.

Neuer Anzug

preiswert **zu verkaufen.**

Auskunft bei der Exp. ds. Blattes.

6 Kochjacken

verkauft gegen Höchstangebot.

Wer? — sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Linden-Kabarett

Wilhelmstrasse 147

Eingang durch den Garten.

Dir.: E. Zengler.

Stimmungskapelle Seidel-Grossmann.

Täglich 8½ Uhr

1. bis 15. Juli

erstklassiges Grosstadt-Programm

Mereny Duo

original bayrischer Schuhplattler.

Nach Kabarettschluss:

Tanz.

Jeden Mittwoch Beginn der Vorstellung 8 Uhr.

Diejenige Person

welche in der Nähe des **Kurhauses** den **Damenpelz** an sich genommen hat, wird aufgefordert, denselben b. **Hausmeister** des Kurhauses abzugeben, wenn sie gerichtlicher Verfolgung entgehen will.

Zu kaufen gesucht

1 ält. pol. Kleiderschrank,
1 Waschkommode,
1 Nachttischchen und
1 Tisch.

Pension Belvedere.

Einmunst-Gläser

empfiehlt

Wilh. Bohnenberger.

Landes-Kur-Theater

Wildbad

Direktion Steng & Krauß.

Freitag, 2. Juli

Die keusche Susanne.

Operette in 3 Akten.

Samstag, 3. Juli

Alt-Heidelberg.

Schauspiel in 5 Aufzügen von Wilhelm Meyer-Förster.

Wildbad.

Beleuchtungskörper, Glühlampen, Taschenlampen mit Akkumulator Elektr. Bügel- u. Koch-Apparate, Glühplatten, Heiz-Kissen

und sonstige **Schwachstrom-Artikel** alles prima Ware zum grössten Teil Friedens-Ware empfiehlt 697

Carl Hartmann

elektr. Installation u. mech. Werkstätte